



DIE
PIRATENPARTEI
ZWEIBRÜCKEN



PERSPEKTIVEN für Zweibrücken

Unsere Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung

Kommunal - Wahlprogramm 2014

Inhalt:

Über die Piraten Partei

Transparente Politik

Verwaltung & Demokratie

Haushalt / Finanzen

Kultur und Freizeit

Wirtschaft u. Arbeit

Verkehr und Infrastruktur

Leben u. Wohnen

Umwelt u. Nachhaltigkeit

Unsere Kandidatinnen

und Kandidaten



Sehr geehrte Bürgerinnen, sehr geehrter Bürger,

Zukunft für Zweibrücken funktioniert nur wenn eine Politik entsteht die Fragen stellt und zuhört. Daher brauchen wir jede Hilfe, um Zweibrücken wieder lebens - und liebenswert zu machen. Überall ist die Rede von großen Wirtschaftskrisen.

Globalisierung, Sparzwänge, Terrorabwehr und Reformen prägen das politische Bild. Aber was ist mit uns Bürgern? Wo bleibt der Einzelne dabei? Wie geht es Ihnen?

Sagen Sie uns, was dringend geändert werden sollte in Zweibrücken!

Wir sammeln alle Eingaben und werden regelmäßig über Nöte und Probleme berichten. Wir werden Auswertungen erstellen und die Ergebnisse direkt in unsere politische Arbeit einfließen lassen. Denn eine Politik der Basis und Veränderung funktioniert nur wenn Sie als Bürger sich mitteilen.

Bitte teilen Sie uns mit wo der Schuh drückt aber auch wenn alles in Ordnung ist.

Wir wünschen den Dialog:

WWW.



Über Uns:

Als soziale und freiheitliche Partei der Informations- und Wissensgesellschaft haben wir PIRATEN den Anspruch auch auf kommunaler Ebene für mehr Demokratie und Transparenz, einen besseren Datenschutz, eine bessere Bildungs-, Kultur- und Umweltpolitik, eine moderne Verkehrspolitik und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Dieses Programm stellt daher unsere Verbesserungsvorschläge und Forderungen für Zweibrücken dar, mit der wir bei Bürgerinnen und Bürgern um ihre Unterstützung werben wollen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir uns und unser Programm weiterentwickeln und rufen daher zur aktiven Beteiligung im politischen Geschehen auf. Damit Zweibrücken lebenswerter und attraktiver für die Bürger wird, wollen wir eigene, frische Ideen einbringen. Dabei sind eine nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen wichtige Grundsätze für uns. Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen im Rathaus wollen wir Zukunftsprojekte und Großinvestitionen in der Stadt gemeinsam mit den Bürgern erarbeiten und abstimmen. Demokratie und Transparenz sind für uns Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt und der Gesellschaft. Aktuell sehen wir, dass die Stadt viele Projekte am erklärten Willen der Menschen vorbei entwickelt. Die Interessen vieler Zweibrücker Bürger liegen anders, werden aber im Rathaus nicht gehört. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger daher besser informieren und einbinden in die Belange und Entscheidungen ihrer Stadt.

Transparente Politik

Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen

Der Stadtvorstand und die Stadtverwaltung bekommen ihre Macht von den Bürgern in Wahlen auf Zeit geliehen. Sie handeln im Auftrag der Zweibrücker Bürger. Diese Tatsache wollen wir wieder mit Leben füllen. Was die Verwaltung macht, muss deshalb für die Bürger als Auftraggeber transparent und nachvollziehbar sein. Verträge und Gutachten der Stadt müssen kostenlos öffentlich zugänglich sein. Das gilt ebenso für die Unterlagen von städtischen Betrieben.

Gläserne Stadtverwaltung

Nichtöffentliche Sitzungen sollen der Vergangenheit angehören. Ratssitzungen, Ausschüsse etc. haben stets öffentlich zu tagen. Persönlichkeits- und Datenschutz sollen durch Verschlüsselung gewährleistet werden. Nur wenn es unvermeidbar ist (Bsp. Im Zuge von Bewerbungen die sich dem Rat vorstellen sollen) ist von einer öffentlichen Sitzung abzusehen.

Alle Beschlüsse, Verträge, Vereinbarungen der Stadtverwaltung sind öffentlich darzulegen. Dabei sind personenbezogene und andere schutzwürdige Belange zu schwärzen.

Wir wollen, dass Meinungsbildung und Politik auf Daten und Fakten beruht. Die Piratenpartei lebt Transparenz vor. Unsere Treffen und Sitzungen sind öffentlich. Sitzungen des Bundesvorstands werden live ins Internet übertragen und können dort hinterher abgerufen werden.

Auf der anderen Seite wird es immer leichter Daten der Bürger aus verschiedenen Verwaltungssystemen miteinander zu verknüpfen. Damit wird der gläserne Bürger möglich. Der Staat drückt damit sein Misstrauen gegenüber den Menschen aus. Die zunehmenden Überwachungsmaßnahmen und -gesetze führen zu einem angepassten Verhalten der Bürger und schränken individuelle Freiheiten ein. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für die Demokratie

Die Piratenpartei setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf gegenseitigem Grundvertrauen aufbaut. Wir finden, die Stadt soll sich aus dem Privatleben der Bürger heraushalten. Wir fordern Datensparsamkeit in der Verwaltung und wollen, dass die Stadt verantwortungsvoll die Freiheit ihrer Bürger schützt.

Transparente Politik

Städtische Daten nutzen, Transparente Verwaltung

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um bisher nicht zugängliche Behördenunterlagen zur Veröffentlichung aufzubereiten. Der Aktenbestand soll systematisch digitalisiert und veröffentlicht werden, beginnend mit Vergabeunterlagen für öffentliche Aufträge. Alle städtischen Finanzdaten inkl. der Kontoführung sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Netz zur Information zur Verfügung stehen. Eine Anonymisierung ist nur zum Datenschutz von Privatpersonen akzeptabel. Auch von allen Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, unterliegen einem besonderen Transparenzanspruch. Durch die Transparenz wollen wir das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und die Städtischen Betriebe stärken. Sollte es Misswirtschaft in Verwaltung oder Betrieben geben, wird dies durch die verbesserte Transparenz schneller erkannt und behoben.

Private Daten schützen

Datenschutz ist Demokratieschutz. Dennoch spielt dieses Thema in der gesamten Politiklandschaft eine untergeordnete Rolle. Die PIRATEN nehmen sich dem Datenschutz und dem Schutz der Privatsphäre daher in besonderem Maße an. Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zur Einschränkung von Freiheit und politischer Selbstentfaltung. Datenerfassung wird zu oft als punktuell und ungefährlich wahrgenommen. Doch die Verknüpfung verschiedener Datenerhebungen führt zu umfassenden Personenprofilen und unter Umständen zu falschen Verdächtigungen. In dem Wissen, dass Bürger in Überwachungsstaaten unsicherer leben, wollen wir insbesondere staatliche Datensammlungen auf den Prüfstand stellen.

Datenschutz in der Verwaltung

Die Stadtverwaltung erhebt von den Zweibrücker Bürgern viele personenbezogene Daten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben teilweise notwendig sind, zum großen Teil aber auch nicht. Wir fordern, die Erhebung von Daten grundlegend auf den Prüfstand zu stellen und auf ein Minimum zu reduzieren. Datensparsamkeit beugt Datenmissbrauch vor und garantiert die Sicherheit und Freiheit der Menschen. Besonders im Meldewesen sind die Begehrlichkeiten an Daten groß und werden immer größer. Die Verwendung der Meldedaten wollen wir auf das Mindestmaß zurückfahren und mit einer engen Zweckbindung für städtische Aufgaben versehen. Wir wollen, dass Meldedaten nur mit expliziter Zustimmung jedes Einzelnen weitergegeben oder verkauft werden dürfen. Die Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten wollen wir prüfen und auf ein Minimum verkürzen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, in einem Datenkatalog vollständig offenzulegen, welche Daten ihrer Bürger sie speichert und wie sie diese schützt.



Verwaltung & Demokratie

Unsere Stadt gehört uns

Mit dem Satz verbinden wir eine Politik von den Bürgern für die Bürger. Themen dürfen nicht mehr realitätsfern in Hinterzimmern entschieden werden, ohne dass Bürger gehört, befragt oder einbezogen werden. Transparenz und bürgernahe Mitmachpolitik sind die Zukunft! Städte und Gemeinden müssen sich den neuen technischen Möglichkeiten weiter öffnen und zur Informationsverbreitung auch Medien wie Blogs, Twitter und Newsletter nutzen und öffentliche Sitzungen z.B. als Video-Stream langfristig zur Verfügung stellen

Aktivierende Stadtverwaltung / Stadtrat

Verwalten ist das Eine. Gestalten das Andere. Beides kostet Geld das der Stadt auf Grund jahrelanger übertriebener Ausgabenpolitik nur noch begrenzt zur Verfügung steht. Damit diese Ressourcen geschont werden brauchen wir eine aktivierende Verwaltung. D.h. Stadtrat und Verwaltung regen an und mobilisieren Dritte im Zuge der Gemeinnützigkeit Aufgaben für die Allgemeinheit zu übernehmen. Dies spart der Verwaltung die Kosten für eigenständige Organisation, Verwaltung und Umsetzung der Maßnahmen. Gleichzeitig werden Maßnahmen auf breite Schichten der Bevölkerung verteilt. Verwaltung muss sich heute als Vermittler, Unterstützer und Netzwerk verstehen.

Um dies zu verstehen stellen wir die Idee anhand der städtischen Musikschule vor: Jedes Jahr erzielt diese Einrichtung ein Defizit von ca. 280 000 Euro. Damit das Angebot der städt. Musikschule erhalten bleibt, sind neue Wege in der Struktur und Finanzierung dieser Einrichtung zu schaffen. Hier soll die Stadtverwaltung als „motivierende Verwaltung“ agieren um Bürger, Vereine, private Musiklehrer zu gewinnen die bereit sind Aufgaben (Organisation, Struktur, Angebote) der Musikschule zu übernehmen um diese zu entlasten.

Gleichzeitig ist um die Musikschule ein Netzwerk „Pro Musica“ zu entwickeln, welche private als auch öffentliche Leistung bündelt und selektiert um Konkurrenzangebote zu vermeiden und Synergieeffekte zu erzeugen.

Durch das Aufstellen der Musikschule auf breite Schultern (privat / öffentlich) kann sich ihr Angebot erweitern und die Kostenstruktur positiv entwickeln, so das eine Senkung des Schulgeldes für den Nutzer (Bürger) möglich wird. Dies entspricht unserem Ziel:

Verwaltung entlastet den Bürger, Bürger entlastet die Verwaltung.

Jugendparlament

Was wollen junge Bürger? Uns sind sie und ihre Vorstellungen wichtig. Denn sie werden es einmal sein die unsere Last erben. Mit Ihnen muss die Zukunft gestaltet werden. Daher fordern wir das Einrichten eines Jugendparlaments unter Einbeziehen der Zweibrücker Ausbildungsbetriebe /Stätten / Einrichtungen, Schulen, Sportvereinen und Jugendamt, welches die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentieren und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten soll. Dies kann helfen, bereits bei Jugendlichen ein Verständnis von Demokratie zu fördern.

Die Vorschläge aus dem Parlament müssen ernsthaft im großen Parlament regelmäßig gehört und beraten werden.

Haushalt

Bürgerhaushalt

Nur wer finanziell gesund ist, ist handlungsfähig. Daher sind die Finanzen das wesentlichste und wichtigste Merkmal einer Stadt. Sie sind zu schützen, zu stärken und ihr muss sämtliche Aufmerksamkeit gewidmet sein. Zweibrücken ist hoch verschuldet und steht aus unternehmerischer Sicht vor dem Bankrott. Der einzige Weg aus der Schuldenfalle ist konsequenter Schuldenabbau. Dies bedarf dass:

- Haushaltszuwächse vorrangig für die Schuldentilgung verwendet werden
- Ausgabenerhöhungen nur möglich sind, wenn an anderer Stelle dafür gespart wird
- Die Aufgaben der Stadt so bemessen werden, dass die Stadt sie auch leisten kann
- Abläufe und Aufgaben der Verwaltung optimiert werden und sämtliche sinnvolle Einsparmöglichkeiten Anwendung finden.
- Ein striktes Konnexitätsgebot eingefordert wird. D.h. „Wer bestellt, bezahlt“
Bsp. Beim Ausbau neuer Kiga-Plätze für unter 3 jährige.

Bei einer künftigen Haushaltsgestaltung ist der Bürger aktiv zu beteiligen. Hierzu bietet sich der Bürgerhaushalt an. Bürger sollen durch eine Online – Bürgerbefragung Ideen einbringen, Vorschläge der Verwaltung kommentieren und über städt. Investitionsvorhaben abstimmen können. Die Ergebnisse sollen im Zuge der Beratungen des Stadtrates mit einfließen.

Der Haushaltsplan der Stadt Zweibrücken soll in verständlicher Aufbereitung und Sprache regelmäßig in Bezug auf die jeweiligen Fachbereiche den Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Die Bürger sollen sich jederzeit über die Sachkosten und die Anzahl der Mitarbeiter informieren können.

Finanzen

Ziel „Zweibrücken im Plus“

Zur Bewältigung der desolaten Finanzen bedarf es:

1. Der Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes
2. Starker Bürgerbeteiligung mit dem Ziel:
Verwaltung entlastet den Bürger - Bürger entlastet die Verwaltung
3. Intensive Vermarktung von Gewerbegebieten

Im Ergebnis muss stehen, dass der Gesamtbetrag der Erträge (Einnahmen) die Höhe des Gesamtbetrags der Aufwendungen (Ausgaben) zumindest wieder erreicht. Da die Personalaufwendungen die wichtigste Komponente bei der Konsolidierung eines Kommunalhaushaltes darstellen, ist dem Stand der Personalaufwendungen und ihrer Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es bedarf einer deutlichen Entlastung bei den Personalaufwendungen. Bsp. Durch:

- Verwaltungsumbau und Neuorganisation
- Abbau von Hierarchien, Übertragung von Kompetenzen von oben nach unten
- Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen ,bzw. die Reduzierung von Arbeitsaufwand durch Technikeinsatz
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Durch freiwilliges Einbinden von Bürger, Vereinen, Organisationen etc. bei der Aufgabenbewältigung.
- Aufbau einer transparenten und motivierenden Verwaltungskultur die auf Wertschätzung und Anerkennung basiert, um die Leistungskraft der einzelnen Mitarbeiter zu halten oder zu steigern und um Erkrankungen von psychischer Belastung vorzubeugen. (Hierzu empfehlen sich Führungskräftebildungen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz).

Dabei stellt die aufgabenkritische Prüfung des Personalbestandes eine Daueraufgabe dar. Darüber hinaus sind weitere Bereiche intensiv zu beleuchten. Bsp. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Bilanzielle Abschreibungen, Transferaufwendungen, Versorgungsaufwendungen, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen, freiwillige Aufgaben uvm.

Letztlich sind Konsolidierungsmaßnahmen zeitplanmäßig festzuschreiben und umzusetzen.

Kultur und Freizeit

Kulturentwicklungsplan

Kultur ist im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt (Wikipedia). Es ist somit der Bürger als Mensch der die Kultur entwickelt und lebt. Um ihm und seinen Vorstellungen gerecht zu werden ist er mit einzubinden. Daher hat die Stadtverwaltung einen Kulturentwicklungsplan unter Beteiligung der Kulturschaffenden Bürger und Bürgerinnen zu erstellen mit den Zielen

- Definieren von kulturelle Zukunftsperspektiven
 - Festlegen eines handlungsleitenden Rahmens für die Kultur
- Kultur ist mit dem Bürger weiterzuentwickeln.

Stiftung „Kulturschätze Zweibrücken“

Zweibrücken ist reich an kulturellen Schätzen. Es genügt nicht, diese nur durch Veranstaltungen wie „Die Wiege der Demokratie“ oä. zu publizieren. Man muss das vorhandene Erbe auch für kommende Generationen sichtbar erhalten. Wenn dem öffentlichen Träger hierfür die Mittel fehlen müssen andere Lösungen gefunden werden. Daher halten wir das Schaffen einer Stiftung „Kulturschätze Zweibrücken“ für unumgänglich.

Ziel: Erhalt der Fasanerie durch Bürger und Wirtschaft und Ausbau zum Naherholungsgebiet für alle Generationen

„Pro Musica“ Das neue Zeitalter der Musikkultur für Zweibrücken

Schaffen eines Netzwerkes „Pro Musica“ unter Einbeziehung der Musikschule und freier Träger für Musikkultur mit dem Ziel das Angebot der Musikschule nicht nur zu erhalten sondern auch zu erweitern, insbesondere für Senioren und mit speziellen Angeboten für Alten – und Pflegeeinrichtungen.

Erweitern des Rosengartens (Europas Nummer 1)

Der Kulturpark Rosengarten ist zu stärken und zu erweitern. Hierfür ist das Freibad an die Rennwiese zu verlegen. Der Rosengarten muss sich wieder zu einem Park von Bürgern für Bürger entwickeln. Privates Engagement gehört seitens der Stadt gefördert. Es soll ermöglicht werden, dass Kindergärten, Schulen, Vereine, Stiftungen, Kirchen und andere soziale und mildtätige Einrichtungen für Teile im Garten Patenschaften übernehmen umso einerseits die Kostenstruktur des Parks zu senken und andererseits das Interesse an der Vielfalt der Gartenkultur in breite Teile der Bevölkerung zu übertragen. Um das internationale Renommee des Rosengartens zu festigen ist die Installation eines Forschungsgartens unumgänglich.

Parks der Begegnungen

Zweibrücken ist mit 11 Friedhöfen gesegnet. Auf Grund der sich Verändernden Trauer – und Friedhofskultur und der damit einhergehenden wegbrechenden Einnahmen, werden Friedhöfe zunehmend unterfinanzierter. Um diesen Trend zu durchbrechen müssen Friedhöfe weiterentwickelt werden. Friedhöfe müssen zu Parks der Begegnungen werden. Neben den Trauerstätten müssen moderne Friedhöfe so gestaltet werden, dass sie auch der Erholung und der Besinnung für alle Bürger eines Ortsteiles dienen können. Wie die Parks der Begegnungen in Zukunft zu gestalten und zu nutzen sind ist durch das Einbeziehen der Bürger des jeweiligen Ortsteils zu geschehen. Auch hier hat die Stadtverwaltung als aktivierende Stadt zu agieren.

Sportpark Zweibrücken

Bündeln von Sporteinrichtungen und Eröffnen eines „Sportparks Zweibrücken“. Hierdurch soll dem großen Sportangebot in der Stadt Rechnung getragen werden. Das Hallenbad soll Richtung Rennwiese um ein Freibad und einer Liegewiese mit Eventflächen ergänzt werden. Dies soll der derzeitige Betreiber ermöglichen oder hierfür private Investoren akquirieren. Die Fläche des bestehenden Freibades soll für die Erweiterung des Rosengartens verwendet werden.

Wirtschaft u. Arbeit

Aktive Wirtschaftsförderung

Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen bilden den Motor einer Gemeinschaft. Von Ihrem Erfolg sind die Steuereinnahmen jeder Gemeinde abhängig. Daher muss es im Interesse jeder Stadt sein das der wirtschaftliche Motor läuft. Gewerbesteuererhöhungen sind dem gegenläufig. Sie bremsen Entwicklung und Innovation. Daher sprechen wir uns ganz klar für eine Senkung der Gewerbesteuer aus, um bestehendem Gewerbe Freiräume für Investitionen zu ermöglichen und anderem Interessierten Gewerbe den Wirtschaftsstandort Zweibrücken mit seinen vielen Vorteilen schmackhaft zu machen. Die Gewerbesteuer ist über Jahren in Stufen auf 300 Punkte abzusenken. Bsp. Im Jahr 2016 auf 370 Punkte. In den Jahren 2014 – 2015 muss intensive und erfolgreiche Ansiedlungspolitik betrieben werden damit es 2016 bei in Kraft treten des neuen Satzes nicht zu Steuerausfällen kommt.

Entwicklungsgebiet Flughafen Ausbauen

Alle reden vom hochsubventionierten Flugbetrieb. Vergessen wird hierbei das Entwicklungsgebiet Flughafen, dessen Ausbau mit Gewerbe massiv vorangetrieben werden muss. Dabei muss die Fixierung auf Gewerbe aus der Flugbranche aufgegeben werden, damit sich anderes Gewerbe frei entwickeln kann. Es müssen auch günstige Startmöglichkeiten für junge Unternehmer geschaffen werden.

Optimierung und Förderung des Flugverkehrs

Bei zukünftigen Flughafenausbauten oder ähnlichen Erweiterungen, die ein erhöhtes Flugverkehrsaufkommen mit sich bringen würden, wollen wir uns für frühzeitige Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen über die Umsetzung stark machen – unabhängig davon, ob es sich um zivile oder militärische Flughafennutzung handelt.

Bahnlückenschluss Zweibrücken - Homburg

Wie alle Fraktionen im Stadtrat befürworten auch die Piraten die Reaktivierung der Bahnlinie Zweibrücken – Homburg. Es wird endlich Zeit das die verantwortlichen Länder Rheinland – Pfalz und Saarland ihre Verantwortung gegenüber dem Bürger wahrnehmen und mit der Wiederherstellung beginnen. Denn je länger das überflüssige politische Gezänk dauert je teurer wird deren Umsetzung.



Verkehr und Infrastruktur

Verkehrsinfrastruktur Konzept

Straßen sind die Lebensadern einer Stadt. Sie garantieren die Mobilität einer Gesellschaft und haben somit wesentlichen Einfluss auf Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Zweibrücken verfügt nur über wenige Straßen die in einem einwandfreien Zustand sind. Dies ist dem Mangel an Unterhaltung sowie dem zögerlichen Ausbau unserer Straßen geschuldet. Dadurch erleidet die Stadt einen ständigen Attraktivitätsverlust, was eine Entwicklung von Tourismus und das Gewinnen von Investoren erschwert. Dem muss sofort entgegengesteuert werden. Hierzu fordern wir ein Verkehrsinfrastruktur – Konzept (VIK Zweibrücken) mit folgenden Schwerpunkten:

- Festlegen der jährlichen kommunalen Verkehrsinvestitionen incl. Fördermitteln für Ausbau und Unterhaltung
- Zeittafel und Prioritätenliste für den Bestandsausbau (im Dialog mit den Bürgern)
- Ausbau des Radverkehrsnetzes, Fördern von touristischen Radwegen
- Sicherung nachhaltiger Mobilität.

Das heißt:

- Stärkung des ÖPNV – Bus und Schiene
- Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung anpassen (Barrierefreiheit etc.)
- Entwickeln von Kombi – Bus, Carsharing (Autoteilen), Jugendtaxi ua.
- Umstellen der Dienstfahrzeuge auf alternative Antriebssysteme (ohne Rohöl)
- Ausbau des aktiven Lärmschutzes
- Fordern und Unterstützen überregionaler Infrastrukturmaßnahmen
Bsp. Lärmschutzwand an der Autobahn, Zugverbindung Homburg – Zweibrücken, Fertigstellung B10, Erhaltung der Brücken.

Alternative zur Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge

Die Piraten Zweibrücken setzen sich für eine Alternative zur Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge in Zweibrücken ein.

Natürlich, wären die Bürger eine Bank für die Stadt Zweibrücken. Befürworter wollen diese Menschen entlasten, indem Sie ihnen das Geld für die Sanierung von Schäden, die sie selbst gar nicht mitverursacht haben, schon vorab aus der Tasche ziehen. Eine wahrhaft geniale Idee! Denken wir aber mal an einen durchschnittlichen Besitzer einer Eigentumswohnung in einem Mehrfamilienhaus. Dort ist die Bildung von Rücklagen durch die Eigentümergemeinschaften bereits gesetzlich vorgeschrieben. Das ist in Ordnung. Aber: Diese Rücklagen werden auch noch verzinst. Jetzt kommen Sie an und wollen diese Rücklagen abgreifen. Nur: Diese Darlehen an die Kommunen werden natürlich nicht verzinst. Und die Transparenz geht bei Straßen Projekte noch mehr verloren.

Durch die Ermöglichung von Ratenzahlungen bei einmaligen Beiträgen für kommunale Investitionen im Bereich des Straßenbereichs wird nach Piraten Meinung eine verbraucherfreundlichere Regelung geschaffen. Hinzu kommt das die Umsetzung der wiederkehrenden Beiträgen einen hohen Verwaltungsaufwand erzeugt, verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist und zudem im Hinblick auf die Abwälzbarkeit des Beitrags auf die Mieter zu neuen Konflikten führt und diejenigen, die nach altem Recht bereits Beiträge entrichtet haben, benachteiligt.

Wir fordern einen Paradigmenwechsel bei der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur hin zu einer Finanzierung aus dem Steueraufkommen. Ziel unserer Stadt muss es sein die Rahmenbedingungen für alle Bürger kostengünstig zu gestalten. Dazu gehört es auch für intakte Verkehrswege zu sorgen.

Leben und Wohnen

Bürger sind für eine Kommune eine unverzichtbare Wertschöpfungsquelle. Ziel jeglicher kommunaler Arbeit sollte es sein diese zu erhalten und zu mehren. Damit Bürger sich angenommen fühlen müssen Strukturen vorhanden sein die das Wohnen und Leben in unserer Stadt attraktiv gestalten.

Hier sind zu nennen:

Grundversorgung der Bürger sichern

Wir wollen Voraussetzungen schaffen für stabile Grundversorgung für alle Zweibrücker Bürger. Steigende Strom, Wasser, Abwasser oder Müllgebühren sind weiterhin nichtmehr tragbar.

Freie Netze fördern

Wir wollen Projekte fördern, welche die freie Nutzung und den kostenlosen Zugang zum Internet überall und jederzeit ermöglichen. Dazu zählen insbesondere Freifunk-Netze, die den Aufbau einer autonomen und zensurresistenten Infrastruktur als Ziel haben.

Medienkompetenz stärken

Die Piratenpartei setzt sich für die Förderung der Medienkompetenz in der Bevölkerung ein. Der Umgang mit dem Internet ist eine Schlüsselkompetenz zur gesellschaftlichen Teilhabe. Medienkompetenz muss dort vermittelt werden wo die Bürger leben. Daher sehen wir darin eine kommunale Aufgabe.

Bauen und Wohnen

Bewahrung des dörflichen Charakters in Zweibrücken

Neubaugelbiete sollen sich möglichst in vorhandene Stadtbereiche integrieren. Abgeteilte überreglementierte Neubaugelbiete lehnt die Piratenpartei in Zweibrücken ab. Generationenübergreifende Wohnprojekte und bunte kulturelle Facetten sollen die Einwohner Zweibrücken miteinander stärker verbinden. Individualität ist gewünscht.

Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindergärten sowie für ältere Generationen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema junger Familien in einer modernen und aufgeschlossenen Gesellschaft. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen bedarf einer angepassten und hochwertigen Kinderbetreuung bereits ab dem Kleinkindalter. Auch ein von vielen Frauen gewünschter, schneller Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt ergibt einen immer größer werdenden Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren. Der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz für unter dreijährige Kinder ist für alle Städte und Gemeinden eine finanzielle Herausforderung. Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, dass der derzeitige Standard in der Kinderbetreuung in der Stadt Zweibrücken nicht reduziert, sondern kontinuierlich ausgebaut, verbessert und dem Bedarf angepasst wird. Dabei werden die Piraten darauf achten, dass ausreichend ausgebildete Pädagogen in den Kindertagesstätten eingesetzt werden, denn Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter. Die Finanzierung der Kinderbetreuung ist dabei ein entscheidender Faktor für die Umsetzung.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das zusammen leben mit Pflegebedürftige Eltern oder Großeltern ergeben einen immer größer werdenden Betreuungsbedarf für ältere Menschen. Es müssen Anlaufstationen geschaffen werden oder mehr Unterstützung für vorhandene Häuser ergehen, damit Pflegebedürftige ältere Menschen tagsüber eine kostenlose Betreuung in Anspruch nehmen können.

Umwelt u. Nachhaltigkeit

Tagesweise Fahrscheinloses ÖPNV einführen!

Im Rahmen einer modernen Umwelt- und Verkehrspolitik möchten wir den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten, um das Fahrgastaufkommen deutlich zu erhöhen und den Individualverkehr zu verringern. Ziel ist eine Belebung des Einzelhandels, die Verbesserung der Parkplatzsituation in Innenstadt sowie in Wohngebieten und die erhöhte Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen. Die Kapazitäten des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Netze sollen in jeder Hinsicht ausgebaut werden. Wiederherstellung der Bahnstrecke Zweibrücken – Homburg.

Die Piratenpartei will den öffentlichen Nahverkehr fördern und es allen Bürgern ermöglichen an gewissen Tagen oder Abendstunden, ihn kostenlos zu nutzen. Daher streben wir eine fahrscheinlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für alle Bürger an gewissen Tagen und Abendstunden an. Als Vorbild kann hier die Stadt Hasselt in Belgien gelten, wo sich nach Einführung eines kostenlosen Regionalverkehrs das Fahrgastaufkommen innerhalb von 10 Jahren verdreizehntfacht hatte. Das Verkehrskonzept hat dazu geführt, dass bis zu 30 Prozent mehr Menschen in die Stadt kommen und die Umsätze des Einzelhandels seit der Umgestaltung gestiegen sind. Durch einen fahrscheinlosen ÖPNV und den Wegfall von teuren Fahrgastkontrollen, Fahrkartenautomaten, Strafverfolgung u.v.m. wollen wir die Kosten des Nahverkehrssystems insgesamt reduzieren und die Gelder wieder in den Ausbau des Verkehrsnetzes investieren. Dabei kann auch eine bessere und attraktivere Vernetzung der Innenstadt mit dem DOS erreicht werden.

BIOGAS

Die Umwandlung von Anbauflächen für Nahrungsmittel in Gebiete zum Zwecke der Energiegewinnung lehnen wir strikt ab. Die Energieproduktion darf niemals in Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung stehen. Des Weiteren muss die Anlieferung zur Biogasanlage in Wirtschaftlichkeit stehen.

SOLARENERGI

Wir wollen die Dachflächen öffentlicher Gebäude nach einer Wirtschaftlichkeitsprüfung konsequent für die Energiegewinnung nutzen. In Neubaugebieten sollen Gebäudeausrichtung und Dachneigung auf die zukünftige Nutzung der Sonnenenergiehin optimiert werden.



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

| FLOP 📉 | TOP 📈 |
|--------------------|------------------|
| NUR MECKERN | SELBST DENKEN |
| PLAKATEN VERTRAUEN | SICH INFORMIEREN |
| UMFRAGEN VERTRAUEN | WÄHLEN GEHEN |
| NICHTS TUN | WAS ÄNDERN |

PIRATEN wählen 

www.piraten-wahl.de